Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 16 (1990)
Heft: 7

Artikel: Finrrage-Europa-Treffen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-361149

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Immer weniger Frauen in Ost-Parlamenten

Genf. Der Anteil der Frauen in den Parlamenten europäischer Länder ist in den letzten Monaten drastisch gesunken. Der "spektakuläre Fall" der Parlamentarierinnen wurde durch die ersten freien Wahlen in den mittel- und osteuropäischen Ländern verursacht, hiess es in einer von der Interparlamentarischen Union (IPU) in Genf veröffentlichten Studie. Der Anteil der Frauen ging am stärksten in Rumänien von 34,5 auf 3,5 Prozent zurück. Auch in der CSFR und in Ungarn verringerte sich der Anteil der Parlamentarierinnen von 29,5 auf sechs Prozent sowie von 20,9 auf sieben Prozent. In Bulgarien und in der DDR ging die Zahl der Frauen in den Parlamenten von 21 auf 8,5 Prozent sowie von 32,2 auf 20,5 Prozent zurück.
Am meisten Parlamentarierinnen haben Schweden (38,1 Prozent), Norwegen (35,8 Prozent), Finnland (31,5 Prozent), Dänemark (30,7 Prozent) und Albanien (28,8 Prozent). Ausserhalb Europas hat nur noch Kuba (33,9 Prozent) über 30 Prozent Parlamentarierinnen. Die Schweiz liegt mit 10,9 Prozent (Ständerat) und 14 Prozent (Nationalrat) nur leicht über dem Durchschnitt.

FINRRAGE-EUROPA-TREFFEN

Das Internationale Frauennetzwerk FINRRAGE (Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering) sorgt seit 1984 für den internationalen Informationsaustausch und für einen solidarischen Kampf der weltweiten Frauenbewegung gegen Bio-, Gen- und Reproduktionstechnologien. Die NOGERETE – als Tochterorganisation von FINRRAGE – wurde dieses Jahr ausgewählt, das Vorbereitungstreffen der europäischen FINRRAGE-Vertreterinnen (Vorbereitung auf den Kongress in Rio de Janeiro, März 1991) zu organisieren. Da die NOGERETE-Frauen schon stark belastet sind mit politischen und administrativen Arbeiten, wurde eine besondere Frau für die Durchführung des Europa-Treffens gewählt. Damit die Vorbereitung und Durchführung des viertägigen, in mehreren Sprachen stattfindenden Anlasses klappt, beschloss FINRRAGE International die Schaffung eines viermonatigen Sekretariats (100%)
Budgetiert sind 4 Monatslöhne à 3000 Franken sowie einiges an Materialkosten. Der NOGERETE-AUSSCHUSS schlägt vor, dass wir in der Schweiz das Geld für zwei Monatslöhne sammeln. 3000 Franken Spendengeld sowie 3000 Franken Darlehen.

Festung Europa: Asyl in der BRD

Im Juli 1990 wurden in der Schweiz und der BRD das Asylgesetz verschärft. Asylsuchende und Asylbewegung leiden zunehmend unter den ständigen Verhärtungen. Im Gegensatz zur Schweiz können momentan in der BRD Ausschaffungsstopps in rot-grünen- oder SPD-regierten Bundesländern wie Berlin, Nordrhein-Westfalen oder Bremen, die asylpolitische Lage noch etwas entspannen. Aber auch in den übrigen westeuropäischen Ländern nimmt der Druck auf die Flüchtlinge zu. Die Regierungsabsprachen im Rahmen der EG 92 haben ihre Vorwirkungen gezeitigt: ausgeweiteter Visumszwang, gemeinsame Software zur beschleunigten Abweisung von Asylgesuchen, angeglichene Praxis zur Ausschaffung abgewiesener Flüchtlinge, übereinstimmende Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts. Deshalb werden Vergleiche und Absprachen unter den Asylbewegungen in den einzelnen Ländern immer wichtiger. So zum Beispiel zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik. Die Broschüre "Asyl in der BRD" fasst die Erkenntnisse einer Asyl- und Menschenrechtsdelegation zusammen, welche diese auf einer Reise durch verschiedene Bundesländer in der BRD gewann. Die Gruppe führte zahlreiche Gespräche mit AsylbewerberInnen, Engagierten in der Asylbewegung und Behörden. Die Broschüre bietet eine vergleichende Studie BRD-Schweiz, aber auch, Ideen und Impulse für eine zukünftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegen die Verschärfungen in der Asylpraxis und gegen den Aufbau der "Festung Europa".
Die Broschüre "Asyl in der BRD" ist erhältlich zum Preis von Fr. 7.50 bei der Arbeitsstelle für Asylfragen, Postfach 6966, 3001 Bern, Tel. 031/ 45 96 26.

"VILLA DONNA" – eine Wohngemeinschaft für drogenabhängige Frauen

Im Juli 1990 gründete eine Gruppe von Frauen den Verein "Villa Donna" mit dem Ziel, eine Institution zu schaffen, die Frauen die Möglichkeit gibt, ihre Suchtproblematik in einem vertrauensvollen, geschützten Rahmen anzugehen. Ein geeignetes Haus, mit Platz für sechs Frauen, wurde in Oberbuchsiten, Kanton Solothurn gefunden. Die ersten Frauen werden auf 1. September 1990 einziehen.
Der Verein sucht Frauen, die das Projekt unterstützen als Passivmitglieder (Fr. 50.—, bezw. Fr. 150.— juristische Personen) sowie Gönnerinnen.
Überweisungen bitte auf:
PC 46 - 4204-6, Verein "VILLA DONNA", Oberbuchsiten.

MoZ: Schwangerschaftsvorsorge – wie gehen wir damit um?

Seit einigen Jahren schon weisen Feministinnen und Behindertenorganisationen besorgt auf die Gefahren der pränatalen Diagnostik hin. Neue technologische Methoden, die es erlauben in einem frühen Stadium der Schwangerschaft Erbkrankheiten und zukünftige Behinderungen des Fötus zu erkennen, erscheinen auf ersten Blick recht harmlos als Routinesache. Für einzelne Frauen bringen sie sicher sogar eine Erleichterung. Zugleich tragen sie massiv zu den neueren "eugenischen" Tendenzen bei und helfen mit, eine Grenze zwischen "wertvollen" und "unerwünschten" Menschen zu ziehen.
Für viele Frauen werden die pränatalen Untersuchungen immer mehr zur Belastung. Einerseits wird die Schwangere noch mehr entmündigt und ist den Verfahren der Technik und der ÄrztInnen ausgeliefert, anderseits lastet eine immer grössere Verantwortung auf ihren Schultern. Sie muss schliesslich entscheiden, ob sie ein behindertes Kind haben will. Wie dehnbar ausserdem der Begriff der Behinderung ist, der verstärkt wieder mit "unwertem Leben" gleichgesetzt wird, zeigen neuere Tendenzen aus den USA und Indien, wo pränatale Diagnostik zunehmend auch für die Geschlechtsbestimmung benutzt wird, damit "unerwünschte Mädchen" abgetrieben werden können.
Schon bald könnte die Horrorvision, dass die Abtreibung in gewissen Fällen eine "soziale Pflicht" ist, in allen anderen Fällen den Frauen aber untersagt wird, auch Realität werden.
Das Aktionsforum MoZ (Mutterschaft ohne Zwang) stellt in seiner neuen Broschüre die einzelnen Methoden der pränatalen Diagnostik kurz vor und weist auf verschiedene Aspekte der sozialen und politischen Problematik hin.
Die Broschüre kann beim **Aktionsforum MoZ, Postfach 611, 8026 Zürich** bestellt werden.

Neue AHV-Initiative

Der Gewerkschaftsbund und die SPS beabsichtigen im kommenden Herbst eine neue AHV-Initiative zu lancieren. Die AHV soll frauenfreundlicher ausgestaltet werden und den geschiedenen Frauen besser Rechnung tragen. Vorgesehen ist auch, dass Unterbrüche in der Erwerbstätigkeit durch eine Berücksichtigung der Kinderbetreuungsarbeit bei der Rentenberechnung kompensiert werden. Für Männer und Frauen soll das flexible Rentenalter eingeführt werden. Eine ausführliche Zusammenstellung von Themenblättern, die einzelne Neuerungen erklären, können beim SGB, Postfach 64, 3000 Bern 23 bestellt werden.